

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

17 (17.1.1933) Der Arbeiter im Betrieb

Der Arbeiter im Betrieb

Beilage für die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation - Erscheint jeden Dienstag

Sit das Sozialismus?

Wenn man die Behauptungen der Kommunisten für bare Münze nähme, dann müßte man glauben, es gäbe überhaupt nur eine Kategorie Menschen in Deutschland und auf der ganzen Welt, welche die Idee des Sozialismus begriffen hat und das sind — nun ganz natürlich die Anhänger Lenins, des Testamentvollstreckers des Juden Karl Marx-Wardochai. Fragt man sie nach den Beweisen, dann deuten sie mit dem Finger gen Osten. Dort soll das gelobte Land liegen, in dem nichts geschieht, es sei denn zum Wohle der Arbeiterschaft.

Nun ist zwar eine Tatsache, daß es Leute gibt, die eingelebte Kommunisten waren, solange sie in Deutschland saßen, die sogar so hundertprozentige „Antifaschisten“ waren, daß sie blindlings den Vortäuschern Moskaus folgten und in tierischer Lust zu Mordern an Nationalsozialisten wurden. Als sie aber infolge dieser Mordtaten die Flucht ergreifen mußten, natürlich ins gelobte Sowjetreich — da geschah das Unlaubliche —

Aus dem Land, für das sie gemordet hatten, lehrten die Kommunisten zurück, weil sie lieber in deutschen Zuchthäusern sitzen, als in Sowjetrußland leben wollen.

Wenn in Rußland der Sozialismus Wirklichkeit wäre, für den der Deutsche seit Jahrhunderten — nicht erst seit es einen Karl Marx gab — kämpft, dann würde es keinem der dortigen Geflüchteten einfallen, ins kapitalistische Deutschland und gar ins Zuchthaus zurückzukehren. Gegenwärtig aber findet in Berlin wieder ein Prozeß gegen den kommunistischen Mörder Guhl statt, der aus den UdSSR zurückkehrte.

Was also ist in Rußland?

Diese Frage bewegt viele. Die Kommunisten haben die Geyßlosgenheit, jeden, der die Zustände wahrheitsgemäß schildert, als Verräter zu beschimpfen. Ihre eigenen Genossen, die drüben waren, zurückkamen und aus ihrer Enttäuschung kein Hehl machten, werden verfolgt, gejagt und bedroht, um sie zum Schweigen zu bringen.

Den die kommunistische Feme aber nicht zum Schweigen bringen kann, das ist das rote Väterchen Stalin selbst. Und das rote Väterchen Stalin redet oft viel — man muß es nur hören. Kürzlich hielt Stalin seine große Rede über den Fünf-Jahresplan. Was hat der Fünf-Jahresplan gebracht? Stalin sagt:

Unter den Auswirkungen des Fünf-Jahresplanes sei die Not in Rußland außerordentlich gestiegen und die Bevölkerung habe sich große Entbehrungen auferlegen müssen.

Ist das der Sozialismus?

Wenn Stalin dann weiter ausführt, daß es dem Sowjetreich gelungen sei, eine riesenhafte Kriegs- und Rüstungsindustrie aufzubauen,

dann erinnert ihr Proleten euch vielleicht, wie die deutschen Kommunisten brüllten: „Anderpeisung, statt Panzerkreuzer. Und sie legten hinzu, eine solche Forderung wäre sozialistisch. Wenn nun aber in Rußland eine ungeheure Kriegsindustrie, Gasfabriken, Munitionsfabriken, Flugzeugwerke, Geschützigebereiten geschaffen wurden, in einem Zeitpunkt, in dem die allgemeine Not stieg, wie der rote Zar sagte, ist das sozialistisch?

„Alles für den Arbeiter“, das sei, erzählten die kommunistischen Agitatoren, das Lösungswort in den Sowjetrepubliken. Am 16. November veröffentlichte die „Pravda“ eine Aenderung des Arbeitergesetzes. Danach hat das Zentral-Exekutiv-Komitee und der Rat der Volkskommissare beschlossen:

„Anzuordnen, daß im Falle von auch nur einmaligem Nichterscheinen zur Arbeit, ohne ausreichenden Grund, der Arbeiter vom Betrieb bzw. der Arbeitsstelle zu entlassen ist, unter Verlust des Veranlagungsrechts für die ihm als Arbeiter des betreffenden Betriebes bzw. Behörde ausgedienten Lebensmittel- und Industrieerzeugnissekarten. Gleichzeitig wird ihm das Recht entzogen, die ihm vom Betrieb bzw. der Behörde zur Verfügung gestellte Wohnung zu benutzen.

Die Regierungen der Bundesrepubliken aufzufordern, entsprechende Aenderungen ihrer Arbeitsgesetze vorzunehmen.“

Wenn in Deutschland, unter dem Kapitalismus, nur etwas Ähnliches bestehen würde, hätte die KPD schon Dutzende von Anträgen zur Aenderung dieser unwürdigen Zwangsgeetze eingebracht. In Rußland aber wird einem Arbeiter rücksichtslos die Lebensmittelkarte entzogen, wenn er „ohne ausreichenden Grund“ fehlt. Der Arbeiter kann also verhungern. Ist das der Sozialismus?

Und dann das Neueste. In einem dieser Tage erlassenen Gesetz bestimmt der Rat der Volkskommissare, daß jeder Arbeiter künftig einen Paß besitzen muß, worin vor allem Angaben über die Arbeitsstelle usw. enthalten sein müssen. Ohne Paß gibt es weder Arbeit noch Brot. Mit diesem Paßzwang will man die

Freizügigkeit des Arbeitnehmers gänzlich verhindern.

Dieser Paß ist also das, was wir in Deutschland einmal in Form des mit Recht so bekämpften Arbeitsschusses hatten. Ist das der Sozialismus?

Ja, deutscher Arbeitnehmer, es ist der Sozialismus — nach kommunistischer Auffassung!

Lenin, der große Geistesbeschwörer der KPD, hat die Formel geprägt:

„Sozialismus — das ist Kontrolle.“ Kontrolliert soll der Arbeiter werden in dem von ihm so herbeigewünschten sozialistischen Reich, ist es das, wonach er sich sehnt? Wird er nicht heute schon mehr als genug kontrolliert? Ist es nicht heute schon so, daß die Anstreiber, Kontrolleure und welche Titel sie führen mögen, dem Schaffenden die Freude an seinem Werk vereiteln?

Der deutsche Arbeiter versteht unter Sozialismus nicht „die Kontrolle“. Er versteht darunter die gerechte Wertung seiner Arbeit, die er als freier Mann ansieht.

Er versteht darunter die Möglichkeit freier Entfaltung seiner Persönlichkeit.

Er versteht darunter seine Anerkennung als gleichberechtigtes und gleichberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft.

Das ist unser Sozialismus. Der kommunistische aber — das ist die Klawerei.

Darum deutscher Arbeiter, herein in die KPD. — Wieder mit dem moskowitzischen Kontroll-Spezialisten.

Die Folgen der schändlichen roten Mißwirtschaft der letzten 13 Jahre

Der Unterstützungsraub des letzten Jahres in Zahlen

NSK Nunmehr sind in den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes, den Feiten „Wirtschaft und Statistik“, die ersten, einen größeren Zeitraum umfassenden Zahlen über die Auswirkungen des Unterstützungsraubes im Juni erschienen. Sie erstrecken sich auf die letzten vergangenen Monate bis September und können daher den Anspruch erheben, ein einigermaßen klares Bild über die Lage der einzelnen Versicherungen zu zeigen.

Im Rahmen dieses Aufjages sollen der Klarheit halber nur die Zahlen aus den sogenannten fünf alten Sozialversicherungen (Invaliden-, Angefallenen-, Unfall-, Knappschaftliche Pensions- und Krankenversicherung), insbesondere die aber aus der Invaliden- und Krankenversicherung behandelt werden.

Die knappschaftliche Pensionsversicherung und die Unfallversicherung,

deren Lage in der Dezembernotverordnung Brünings die entscheidenden Verschlechterungen, durchschnittliche Kürzungen um 8 Prozent und 20 Prozent, erlitten, sind nicht gerade gesondert behandelt. Bei der

Angefallenenversicherung ist im wesentlichen zu erwähnen, daß diese äußerlich scheinbar finanziell noch gut funktionierte Versicherung doch nur scheinbar auf so sicheren Füßen steht.

Wohl ist im 1. Halbjahr 1932 hier noch ein Vermögenszuwachs von 40 Millionen Mark zu verzeichnen, gegenüber dem Abwachen in Höhe von 200 Millionen Mark im Jahre 1931 ist dies aber ein bedenklicher Rückgang, der die Befürchtungen, die wir schon früher ausgesprochen, nämlich, daß binnen kurzer Zeit auch hier die Ausgaben die Einnahmen übersteigen würden, nur zu gut bestätigt. Bei allen alten Sozialversicherungen ist zu bemerken, daß trotz der mehrmaligen einschneidenden, radikalen und grausamen Kürzungen der Unterstützungen und Renten bezw. Verkleinerungen des Empfängerkreises sich kein Gleichgewicht gegenüber dem Beitragsrückgang erzielen ließ. Das Gesamtvermögen der fünf alten Sozialversicherungen ging daher im 1. Halbjahr 1932 von 4767 Millionen auf 4565 Millionen zurück. Ein weiterer Beweis für die Richtigkeit unseres von jeher vertretenen Standpunktes, daß Kürzungen und Abträge niemals die Lage bessern können. Das gilt für die Sozialversicherungen ebenso wie für den Reichshaushalt.

Nun zu den einzelnen Versicherungen selbst!

In der Invalidenversicherung hat Herr Dr. Brüning durch draconische Bestimmungen es zuwege gebracht, daß

der Kreis der Rentenbezieher sich um fast 300 000 Empfänger verminderte.

Dadurch erreichte er einen Rückgang der monatlichen Rentenzahlungen um 7 Prozent. Die durchschnittlichen Monatsauszahlungen

sanken von 114,7 Millionen auf 107,2 Millionen. Damit wurden Hunderttausende in bitterstes Elend gestürzt. Herr von Papen waren diese Kürzungen noch nicht genug, und er nahm denen, die noch im Genuße des zweifelhaften Glückes waren, wirklich noch ein paar Pfennige zu erhalten, rund 18 Prozent ihrer künftigen Bezüge und erschwerte außerdem den Rentenbezug nochmals.

Die monatlichen Rentenzahlungen betragen nunmehr nur 85 Millionen, wiederum ohne daß damit auch nur irgendwie ein Ausgleich hätte geschaffen werden können. Besonders hart wurden dabei die Witwen- und Waisenrenten betroffen.

In der Krankenversicherung

tritt in der Statistik die Kürzung der Arzt- und Arzneigebühren sowie der Tagelöhler bei gleichzeitiger Erhöhung der Beitragssätze weniger in Erscheinung, da sich hier die Wirtschaftsschrumpfung in den Zahlen in den Vordergrund drängt. Beträgt im Durchschnitt bei den anderen alten Sozialversicherungen, der Beitragsrückgang gegen 1931 rund 20 Prozent, so ist er hier wesentlich höher.

Durch die Notverordnungen hat man erreicht, daß trotz einer Erhöhung der Zahl der Versicherungsnehmer seit 1928 ein Rückgang der Zahl der arbeitsunfähigen Kranken um rund 50 Prozent eingetreten ist.

Die Regierung möchte dies gern als die Folge der Verhinderung von eingeprägten Miltänden und Mißbrauch der Krankenversicherung hinstellen. Es wird aber wohl niemand ernstlich behaupten wollen, daß von den 1928 durchschnittlich 683 000 Kranken jeder Zweite ein Simulant und Betrüger gewesen wäre. Ebenso wird der, der nur einmal in die Elendsquartiere der Großstädte hineingesehen hat, von dem Wahn geheilt sein, daß seit 1928 der Gesundheitszustand des deutschen Volkes um 50 Prozent gestiegen sei. Wäre er es doch nicht, so könnte ihm jeder Arzt darüber Aufschluß geben. Die einzigen, die das nicht wissen wollen, sind einmal wieder unsere Minister. Wieviel Elend und Jammer sich hinter diesen Zahlen von Unterstützungs- und Rentenzahlungen verbirgt, davon sprach der Kanzler nicht im Rundfunk. Er sprach auch nicht davon, ob er hier etwas zu ändern gedenkt. Freilich einer gewissen Schicht in Deutschland ist auch dies noch zu viel, wie aus einem Zitat einer reaktionären Zeitschrift hervorgeht:

„Ob die Bestimmungen der bisherigen Notverordnungen ausreichen, um die Gesamtsumme der sozialen Aufwendungen auf ein für die Wirtschaft und das Volksganze tragbares Maß zurückzuführen, — obwohl immer der Gedanke aufrecht erhalten bleiben soll, daß den wahrhaft Bedürftigen ein genügender, wenn auch notwendiger Lebens-

unterhalt geboten werden muß — ist noch nicht zu übersehen.“

Was heißt hier „wahrhaft bedürftig?“ Diese Leute wollen anscheinend den Sinn der Sozialversicherung immer noch nicht verstehen. Es handelt es sich bei den hier behandelten alten Sozialversicherungen doch nur darum, daß die Gesamtheit in einem bestimmten Augenblick als selbstverständlicher Garant für die Lebensmöglichkeit jedes Einzelnen eintritt. Welche Ursache die mangelnde eigene Erwerbsfähigkeit hat, ob diese nun durch Alter, Invalidität, Krankheit, oder durch die Unmöglichkeit, einen Arbeitsplatz zu bekommen, hervorgerufen ist, spielt dabei keine Rolle. Es handelt sich nicht bei diesen Versicherungen, wie diese Herren immer wieder vorkäuflich meinten, um Almosen, sondern um ein meist

durch jahrelange Beitragszahlung wohl erworbenes Recht, das nach nationalsozialistischer Auffassung niemand kürzen darf!

Im Falle der Arbeitslosigkeit liegt ein Verschulden des Systems vor, das die oberste Pflicht, allen Volksgenossen Arbeit zu geben, versäumt hat und so, wenn es auch damit sein Unrecht nicht aus der Welt schaffen kann und es nicht abgetan kann, wenigstens die Lebenshaltung der Einzelnen durch sein Unvermögen Geschädigten garantieren müßte.

E. Biffinger.

Die Fachgruppe der Angestellten in der N. S. B. O. teilt mit:

Ein neues Marterinstrument

Nachdem im weitesten Maße das „Fleischband“ in Fabriken seinen Einzug gehalten hat, um aus der Handarbeit eine geistlose Schustererei zu machen, hat eine ganz besonders tüchtige Firma nun auch ein Instrument erfunden, um geistige Arbeit zu „Schustern“ zu zwingen.

Wenn bisher die Arbeit an der Schreibmaschine in den meisten Fällen Denkarbeit erforderte und verständnisvolle Mitarbeit notwendig machte, so soll jetzt „Prämienarbeit“ möglich sein, das heißt also, daß auch hier nicht mehr nach der Qualität gewertet wird.

„Die Zählmaschine für Schreibmaschinenanschläge“ ist da!

Künftig wird also abends abgelesen werden, ob die festgesetzte Zahl von Anschlägen erreicht ist. Ob es sich dann um schwierige

Arbeiter und Angestellter!

Bist Du schon Mitglied der NSBO? Anmeldung Karlsruhe, Kaiserst. 123

Tabellenarbeit, um Korrespondenz nach Stichworten oder um Abschreibarbeit gehandelt hat, ist gleichgültig — die Zahl herrscht über der „Arbeitsleistung“.

Im Prospekt heißt es:

„Ein edler Weltfremd entbrennt unter den Meißerinnen der Schreibmaschine!“

„Neuer Zug im Schreibmaschinenzimmer!“

„Jetzt endlich ist Prämienarbeit möglich!“

Also die „Sten“ am Fleischband! Eine feine Sache für Bürochefs, die gerne schikanieren!

Sorgt dafür, die Ihr für anständigen und ehrlichen Lohn verlangt, daß dies Instrument keinen Einzug in Eure Büros hält!

Wir wollen als Nationalsozialisten nicht die Arbeit in allen Formen zur geistlosen Fronarbeit erniedrigt sehen sondern wollen, daß jede Leistung entsprechend gewertet und anerkannt wird, daß immer unser alter Volksscheltung behält

Gemeinnutz vor Eigennutz!

Und die Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit arbeitender Volksgenossen geht uns über das Einzelinteresse und den Profit irgend welcher „Herren Arbeitgeber“!